

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit  
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Bettina Hoffmann, Lisa Badum, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/1159 –**

### **Unser Wasser vor multiresistenten Keimen schützen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Gewässer vor einer Belastung mit multiresistenten Keimen zu schützen. Dazu soll der Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft insgesamt reduziert und der Einsatz sogenannter Reserveantibiotika in der Tierhaltung beendet werden. Durch die systematische Sammlung von Gewässerdaten sollen die zuständigen Behörden in die Lage versetzt werden, Wasserunreinigungen aufzudecken. Gleichzeitig sollen diese Daten im Rahmen der Ressortforschung und der Hightech-Strategie zur verstärkten Erforschung der Entstehung und Verbreitung multiresistenter Keime genutzt werden. Bei der Herstellung und Entwicklung von Medikamenten soll die Umweltverträglichkeit zum Prüfkriterium gemacht werden. Durch verschiedene Maßnahmen soll außerdem der Verschwendung und falschen Entsorgung von Medikamenten, insbesondere ins Wasser, vorgebeugt werden. Schließlich soll ein Finanzierungskonzept zur Vorbeugung und Entfernung von problematischen Stoffen aus dem Wasser entwickelt werden.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/1159 abzulehnen.

Berlin, den 27. Juni 2018

**Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

**Sylvia Kotting-Uhl**  
Vorsitzende

**Astrid Damerow**  
Berichterstatterin

**Michael Thews**  
Berichterstatter

**Dr. Heiko Wildberg**  
Berichterstatter

**Dr. Lukas Köhler**  
Berichterstatter

**Ralph Lenkert**  
Berichterstatter

**Dr. Bettina Hoffmann**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Astrid Damerow, Michael Thews, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Lukas Köhler, Ralph Lenkert und Dr. Bettina Hoffmann**

### **I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 19/1159** wurde in der 20. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. März 2018 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Gewässer und Trinkwasser vor einer Belastung mit multiresistenten Keimen zu schützen. Dazu soll der Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft insgesamt reduziert und der Einsatz sogenannter Reserveantibiotika in der Tierhaltung beendet werden. Die zuständigen Behörden sollen durch die systematische Sammlung von Gewässerdaten in die Lage versetzt werden, Wasserverunreinigungen aufzudecken. Gleichzeitig sollen diese Daten im Rahmen der Ressortforschung und der Hightech-Strategie als Grundlage für eine verstärkte Erforschung der Entstehung und Verbreitung multiresistenter Keime genutzt werden. Der vorbeugende Gewässerschutz soll durch Einführung eines Grenzwertes für Tier- und Humanarzneimittel im Grundwasser verbessert werden. Bei der Herstellung und Entwicklung von Medikamenten soll die Umweltverträglichkeit zum Prüfkriterium gemacht und der Produktverantwortlichkeit der Hersteller mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Durch verschiedene Maßnahmen soll der Verschwendung und falschen Entsorgung von Medikamenten, insbesondere ins Wasser, vorgebeugt werden. Schließlich soll ein Finanzierungskonzept zur Vorbeugung und Entfernung von problematischen Stoffen aus dem Wasser entwickelt werden.

Zur Begründung verweisen die Antragsteller auf einen aktuellen Fund von antibiotikaresistenten Keimen in relevanter Zahl in untersuchten Gewässerproben. Die Antragsteller führen aus, Antibiotikaresistenzen würden als eine der größten Gesundheitsgefahren und als Bedrohung für die gesamte moderne Medizin gelten. Viele Studien zur Herkunft deuteten darauf hin, dass der massenhafte Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft eine der Hauptursachen hierfür sei. Daneben stünden falsche Anwendungen von Antibiotika in der Humanmedizin und die unsachgemäße Entsorgung von Medikamenten. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass multiresistente Keime auch in das Trinkwasser gelangen könnten. Weitere Forschung sei nötig, um gezielte, wissenschaftsbasierte Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

### **III. Öffentliche Anhörung**

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat in seiner 13. Sitzung am 13. Juni 2018 eine öffentliche Anhörung zu dem Antrag auf Drucksache 19/1159 durchgeführt.

Hierzu hat der Ausschuss folgende Sachverständige eingeladen:

Prof. Dr. med. Dr. h.c. Martin Exner  
Institut für Hygiene und öffentliche Gesundheit, Universitätsklinikum Bonn

Prof. Dr. Mathias Pletz  
Institut für Infektionsmedizin und Krankenhaushygiene des Universitätsklinikums Jena

Dr. Friederike Victoris  
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Issa Nafu  
Emschergenossenschaft/Lippeverband

Dr. Wolfgang Straff  
Umweltbundesamt (UBA)

Dr. rer. nat. Paul Christiaan Venter

Prof. Dr.-Ing. Norbert Jardin  
Ruhrverband

Prof. Dr. Thomas U. Berendonk  
Institut für Hydrobiologie, Technische Universität Dresden

Reinhild Benning  
Germanwatch e. V.

Die Ergebnisse sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen (Ausschussdrucksachen 19(16)64-A bis 19(16)64-E sowie das Wortprotokoll der Anhörung wurden der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht.

#### IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 10. Sitzung am 27. Juni 2018 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/1159 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 17. Sitzung am 27. Juni 2018 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/1159 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 9. Sitzung am 27. Juni 2018 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/1159 abzulehnen.

#### V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat den Antrag auf Drucksache 19/1159 in seiner 14. Sitzung am 27. Juni 2018 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, die zunehmende Resistenzbildung gegen Antibiotika und die Verbreitung multiresistenter Keime in der Umwelt seien ein wachsendes Problem. Die Bundesregierung müsse an dieser Stelle mehr tun. Die Fraktion stellte die im Antrag näher ausgeführten Maßnahmen vor und betonte, alle Punkte seien in der Anhörung von allen Sachverständigen bestätigt worden.

Die Fraktion appellierte an die Koalitionsfraktionen, zügig tätig zu werden. Mit konkreten Maßnahmen könne nicht länger gewartet werden. Viele Handlungsfelder seien bereits bekannt. Die volkswirtschaftlichen Kosten durch Gesundheitsschäden seien weitaus höher als bei einer schnellen Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, es sei wichtig, zunächst die Ergebnisse der laufenden Forschungsprogramme abzuwarten, bevor weitere Maßnahmen ergriffen würden. Es sei erforderlich, dezidiert die Eintragswege für multiresistente Keime zu untersuchen. Die Landwirtschaft habe ihren Antibiotikaeinsatz schon deutlich reduzieren können. Es sei nun auch wichtig, die Eintragswege aus der Humanmedizin genauer zu verfolgen und zu klären, wie z. B. mit Abwässern aus Krankenhäusern umgegangen werden solle.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, in der Anhörung sei deutlich geworden, dass es sich um ein wichtiges Thema handele. Resistenzen hätten durch den Einsatz von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin zugenommen.

Diese Entwicklung sei aber nicht neu. Der Antrag berücksichtige nicht, dass heute schon viele Forschungsprojekte liefen und sei daher in Teilen bereits überholt. Gegen Antibiotikaresistenzen müsse bereits an der Quelle vorgegangen werden. Zwingend notwendig sei ein Verbot der Reserveantibiotikanutzung in der Landwirtschaft.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, die angestrebte Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes und insbesondere des Reserveantibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft sei zu unterstützen. Es sei zudem ein systematischer Forschungsansatz nötig. Die Betonung des Vorsorgeprinzips für den Gewässerschutz und eine Prüfung der Umweltverträglichkeit von Medikamenten, wie im Antrag vorgeschlagen, würden von der AfD-Fraktion geteilt. Es sei wichtig, geeignete Entsorgungswege für Medikamente zu finden und den Eintrag in Gewässer zu vermeiden. Auch das im Antrag aufgegriffene Verursacherprinzip werde unterstützt. Weiter sei es erforderlich, neue Wege zu suchen, um multiresistente Keime zu bekämpfen. Die in anderen Ländern bereits stattfindende Bakteriophagenforschung müsse auch in Deutschland verfolgt werden.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, im Moment sei der Wissensstand noch zu gering, um wirksam handeln zu können. Die Ergebnisse der verschiedenen Forschungsansätze müssten unbedingt abgewartet werden. Das nötige Geld könne nur dann vernünftig eingesetzt werden, wenn vorher klar sei, an welcher Stelle welche Reduktion sinnvoll und umsetzbar sei. Es sei zwar geklärt, dass in Bereichen mit vielen Einträgen multiresistente Keime aufträten. Wie hoch die Belastung insbesondere in der Humanmedizin sei, wie lange sie andauere und unter welchen Bedingungen sie sich vollziehe, sei aber noch unklar.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, dass alle Möglichkeiten zur Minderung von Medikamenteneinträgen in Gewässer und die Umwelt genutzt werden sollten. Die Fraktion appellierte an die Koalitionsfraktionen, hierzu Maßnahmen zu ergreifen. Die wesentlichen Punkte des Antrags würden ihrer Auffassung nach im Kern von allen Fraktionen unterstützt. Dazu zählten die Reduktion des Antibiotikaeinsatzes und insbesondere des Einsatzes von Reserveantibiotika in der Landwirtschaft und eine Ausweitung der Forschung. Dies hätten auch alle Sachverständigen in der Anhörung bestätigt.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/1159 abzulehnen.

Berlin, den 27. Juni 2018

**Astrid Damerow**  
Berichterstatlerin

**Michael Thews**  
Berichterstatler

**Dr. Heiko Wildberg**  
Berichterstatler

**Dr. Lukas Köhler**  
Berichterstatler

**Ralph Lenkert**  
Berichterstatler

**Dr. Bettina Hoffmann**  
Berichterstatlerin





